Schwerpunkt

Gesine Fuchs

Geschlechterbilder und geschlechterpolitische Konflikte im postsozialistischen Polen

Zusammenfassung

Seit 1989 gibt es in Polen große geschlechterpolitische Konflikte, in denen sich propagierte Geschlechterordnung, vorherrschende Normen und soziale Realität oft nicht decken. Wie lässt sich dies am besten verstehen und erklären? Ausgehend von Birgit Pfau-Effingers Konzept des Geschlechter-Arrangements zeigt der Artikel Dissonanzen in Geschlechterkultur und -ordnung Polens auf und analysiert exemplarisch die Argumentationen in vier Parlamentsdebatten zwischen 1999 und 2005 zu einem Gleichstellungsgesetz. Es zeigt sich, dass im Vergleich zur Bevölkerung national-konservative Diskurse über Geschlechtermodelle und Mütterrollen in der Debatte überrepräsentiert sind. Liberale Voten sind kaum vorhanden und linke BefürworterInnen entwickeln nur wenige positive Bilder über Gleichstellung. Der Artikel stellt die These auf, dass der vergangene Staatssozialismus noch immer bewirkt, dass AkteurInnen rhetorisch und inhaltlich Distanz zu ihm markieren müssen. Darüber hinaus werden Gründe für die Lücke zwischen national-konservativen Diskursen, tatsächlichen Lebensmodellen und Geschlechterpolitik diskutiert.

Schlüsselwörter
Geschlechterpolitik, Geschlechterregime, politischer Diskurs, Polen, Postsozialismus

Summary

Gender images and political conflicts over gender in post-socialist Poland

Since 1989, Poland has experienced strong political conflicts over gender. However, promoted gender order, prevalent norms, and social reality often diverge. How can this fact be understood and explained? Taking Birgit Pfau-Effinger's concept of gender arrangement as a starting point, the article shows inconsistencies between gender culture and gender order in Poland and analyses argumentative patterns in four parliamentary debates on a gender equality law between 1999 and 2005.
Ultimately, it is shown that national-conservative discourses on gender models and mothers' roles are over-represented compared to the population. Liberal voices are almost absent and leftist proponents barely develop positive visions on gender equality. The article hypothesizes that past state socialism continues to influence the debate, as actors still rhetorically and politically distance themselves from the old regime. Furthermore, reasons for the gap between the hegemonic national-conservative discourses, actual ways of living and gender policies are discussed.

Keywords
Gender politics, gender regime, political discourse, Poland, post socialism

Für Anna Walentynowicz und Izabela Jaruga-Nowacka,
gestorben am 10. April 2010 bei Smolensk[1]

1 Einleitung

Polen erscheint häufig als Land, in dem konservativ-nationalistische Vorstellungen der Frauen- und Mütterrollen hegemonial sind und die katholische Kirche sich einen starken politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu sichern weiß, wohingegen liberale oder feministische Kräfte unterliegen. National wie international ist dieses Bild nicht zuletzt geprägt von der Doppelherrschaft der Kaczyński-Zwillinge im Amt des Präsidenten und des Regierungschefs von 2005–2007. Tatsächlich sind die meisten Aspekte der Geschlechterpolitik erschreckend reaktionär (vgl. Chołuj 2006). Polen hat eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa, doch illegale Abtreibungen sind relativ leicht zugänglich. In den letzten zehn Jahren gab es mehrere landesweite Krankenschwesternstreiks für bessere Arbeitsbedingungen (Chołuj 2007), zwischen 2004 und 2007 verklagten über hundert Kassiererinnen ihren Arbeitgeber, die Supermarktkette „Biedronka", wegen unbezahlter Überstunden und Verletzung des Arbeitsschutzes (Fuchs 2010: Pkt. 3.4). Seit 2004 wurden Demonstrationen für LGBT-Rechte (Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual People) verboten, später aber höchstrichterlich erlaubt. Im größten ostmitteleuropäischen Land treffen konservative, katholische und moderne, liberale Geschlechterkonzeptionen besonders deutlich und konfliktgeladen aufeinander. Diese sind, wie auch das politische Denken, stark von historischen Bezügen geprägt (vgl. Loew 2008: 85f.). Die Dissonanzen zwischen sozialen Realitäten und dominanten Diskursen sind in Polen besonders groß und deswegen erklärungsbedürftig.

Die Systemtransformation hat die Geschlechterverhältnisse in Bezug auf Arbeit und Erwerb, soziale Sicherung und Sorgearbeit profund verändert; das Verhältnis zwischen Geschlecht, Staat und Nation wurde neu bestimmt (Gal/Kligman 2000b: 15–36). Diagnosen 20 Jahre nach dem demokratischen Übergang in Osteuropa zeigen, dass die gleichstellungspolitischen Herausforderungen in den Ländern der Europäischen Union ähnlich sind (vgl. Baer/Hoheisel 2008). Ein genauerer historischer Blick verdeutlicht auch spezifische postsozialistische Entwicklungen, wobei die Rede von Retraditionalisierung die Veränderungen nicht genügend beschreibt. Insgesamt sind die Veränderungen der Geschlechterarrangements in den postsozialistischen Ländern sehr unterschiedlich.

Die in Polen von politischen AkteurInnen propagierten Leitbilder, die Lebensmodelle und die gelebten Wertvorstellungen widersprechen sich häufig. Wie lässt sich dies am besten verstehen und erklären? Im Folgenden dient mir das Konzept des Geschlechter-Arrangements von Birgit Pfau-Effinger (2000) als heuristischer Ausgangspunkt. In

1 Anna Walentynowicz war unabhängige Gewerkschaftsaktivistin in Gdańsk. Proteste gegen ihre Entlassung lösten die Streikwelle im August 1980 aus, die zur Gründung der Gewerkschaft „Solidarność" führte. Izabela Jaruga-Nowacka war 1993/97 und ab 2005 Sejmabgeordnete, 2001/04 Gleichstellungsbeauftragte und 2004/05 Vizepremierministerin, zudem in den 1990er Jahren langjährige Vorsitzende der Liga Polnischer Frauen. Für hilfreiche Kommentare danke ich Joanna Barełkowska, Sabine Kubli und der Gutachterin. Die Arbeit wurde ermöglicht durch eine Projektförderung des Schweizerischen Nationalfonds.

ihrer Studie zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Westeuropa unterscheidet Pfau-Effinger Geschlechterkultur, -ordnung und -arrangement. Unter *Geschlechterkultur* versteht sie Normen und Leitbilder zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Integration sowie zu Generativität und Generationsbeziehungen. Dabei können mehrere Leitbilder in einer Gesellschaft (und in einem Individuum, vgl. Kapitel 2) existieren, die historisches Ergebnis von Konflikten und Aushandlungen sind und als Normen im institutionellen System verankert sind (Pfau-Effinger 2000: 68–71). *Geschlechterordnung* meint die real vorfindlichen Strukturen des Geschlechterverhältnisses und die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Institutionen bezüglich geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, wofür besonders Arbeitsmarkt, Familie, Wohlfahrtsstaat und intermediärer Sektor relevant sind. Mit *Geschlechterarrangement* bezeichnet sie das sich aus beiden Faktoren ergebende Profil, „das die Geschlechterbeziehungen in einer Gesellschaft annehmen" (Pfau-Effinger 2000: 71). Die kulturellen und institutionellen Grundlagen des Arrangements werden unter anderem durch machtgeladene Aushandlungsprozesse zwischen sozialen AkteurInnen gebildet. Je nach Stärke der Widersprüche und der Konflikte können Geschlechterkultur und -ordnung stärker oder schwächer integriert werden. Diese Perspektive auf reale widersprüchliche Konfigurationen von Kultur und Ordnung bietet die Möglichkeit, Konflikte und Ungleichzeitigkeiten zu verstehen und die Dynamik des realen Geschlechterarrangements als politischen Konflikt zu analysieren.

Im Folgenden sollen daher Geschlechterleitbilder in Polen grob umrissen werden, die von Staatssozialismus, historischen und katholischen Einflüssen sowie der Systemtransformation beeinflusst sind. Zudem werden die wichtigsten institutionellen Veränderungen der Geschlechterordnung benannt. Anschließend wird untersucht, wer mit welchen Argumenten Leitbilder und Geschlechterpolitik propagiert. Dazu werden exemplarisch vier Parlamentsdebatten zwischen 1999 und 2005 für ein Gleichstellungsgesetz analysiert. Welche Argumente und Bezugsrahmen zu Geschlechterleitbildern und Vorstellungen einer Geschlechter- bzw. Frauenpolitik werden hier angeführt? Wie werden die bestehenden Verhältnisse bewertet und wie wird auf den Staatssozialismus Bezug genommen? Parlamentsdebatten sind für den öffentlichen Diskurs besonders relevant, da die PolitikerInnen immer auch mit Blick auf die Öffentlichkeit, die massenmediale Veröffentlichung und die Beeinflussung des Wahlvolks sprechen. In den vorliegenden Beratungen werden zudem explizit Aussagen zum Geschlechterverhältnis gemacht, während die Geschlechterdimension bei Diskussionen über andere Politikfelder meist unbeachtet bleibt. Nicht analysiert wird hingegen der Diskurs, der sich in Zivilgesellschaft und Kultur entfaltet und an dem auch andere als die parteipolitischen AkteurInnen teilnehmen. Allerdings ging gerade der erste Gesetzentwurf auf eine Initiative des frauenpolitischen Milieus zurück (vgl. Fuszara/Zielińska 2000).

In der Analyse überprüfe ich erstens die These, dass das Erbe des sogenannten ‚paternalistischen Staatssozialismus' (vgl. Dölling 1991; Verdery 1994; s. a. Kraft 2006: Abs. 5–9) entscheidend auf die Form und die Schwerpunkte der geschlechterpolitischen Diskurse nach 1989 einwirkt, indem konservative und liberale Kräfte in ihrer politischen Tätigkeit auch heute noch eine deutliche Distanz zu diesem alten Regime und seinen politischen Zielsetzungen markieren müssen. Zweitens zeige ich durch die Kontrastierung verschiedener Geschlechterkulturen und der Geschlechterordnung die Inkohärenz des

Geschlechterarrangements auf und stelle Vermutungen zur fehlenden Durchsetzbarkeit national-konservativer Vorstellungen an.

2 Der lange Schatten des paternalistischen Staatssozialismus

Die staatssozialistischen Entwicklungen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg in Bezug auf Geschlechtergleichheit waren hoch ambivalent. Frauen und Männer erhielten formal gleiche Rechte in Familie, Politik, Beruf und Bildung. Während der De-Stalinisierung wurde 1956–1959 eine soziale Indikation für Abtreibungen eingeführt, was Frauen wesentliche persönliche Autonomie über ihre Körper gab. Gemäß einer verkürzten sozialistischen Emanzipationsphilosophie, die ich mit den Worten „Frauenbefreiung ist Erwerbsarbeit plus Elektrifizierung des ganzen Haushalts" bezeichnen würde,[2] wurden Frauen sukzessive in die Erwerbsarbeit integriert und Müttern die Doppelrolle mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Zuschüssen und Freistellungsregelungen erleichtert. Weiterer sozialer und familiärer Wandel, insbesondere aufseiten der Männer, fand nicht statt und konnte ohne Meinungs- und Organisationsfreiheit auch nicht Gegenstand breiter, offener Reflexion oder verändernder Praxen werden (Dölling 1991: 26).[3] Staat und Partei traten als traditionaler „pater familias" (Verdery 1994: 227) auf, der soziale Wohltaten wie Arbeit, Wohnung oder Bildung nicht als individuelle Rechte, sondern als Schutzzusagen vergab. Frauen wurden also unabhängig vom Ehemann, aber abhängig vom Staat (Dölling 1991: 28). Diese Sozialleistungen wurden zum zentralen Legitimationskriterium des Regimes, sodass mit dem wirtschaftlichen Niedergang auch die Unterstützung der Bevölkerung schwand.

Aufgrund der Schwäche des kommunistischen Regimes in Polen entstand nach 1945 eine geteilte Wertordnung, bei der sich kommunistische Ideologie, katholisch-traditionelle Werte und später Forderungen nach Demokratie und Bürgerrechten gegenüber standen. Das national-katholische Sinnbild der Matka Polka, der Mutter Polin, steht für die aufopferungsvolle und selbstverleugnende Arbeit als Mutter, Lehrerin und Gestalterin der polnischen Kulturnation. Dem sind die individuellen Ambitionen und Rechte der Frauen stets untergeordnet. Im Staatssozialismus war die Familie wichtiger Rückzugsort von politischer Bevormundung und die Privatsphäre für die Oppositionsbewegungen der Bereich, in dem sich der Aufbau der Zivilgesellschaft vollziehen konnte. „Das Private ist politisch" fand darum kein Echo und die Frauenfrage wurde auch in der Opposition als Nebenwiderspruch wahrgenommen. Charakteristischerweise konnten Elemente dieser moralischen Bezugssysteme bei Individuen und in Gruppen gleichzeitig auftreten. Für Frauen führte dies zur Herausbildung eines „Superfrauen-Syndroms",[4] das Elemente staatssozialistischer und konservativ-katholischer Ideale miteinander verbindet, da beide Orientierungen bedeutende Vorteile haben: Erstere gaben rechtliche

2 Ich beziehe mich hier auf Lenins Aussage „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzes Landes" bei der Propagierung des Elektrifizierungsplans in den 1920er Jahren.

3 Wissenschaftlich wurde dies aber in Ansätzen diskutiert, vgl. Kraft 2006: Abs. 9.

4 So der Titel „Superwoman and the Double Burden", ein von Chris Corrin herausgegebener Sammelband.

Individualisierung, persönliche ökonomische Unabhängigkeit und dadurch mehr Selbstbewusstsein. Letztere ermöglichten Frauen eine positive Identifikation, Anerkennung ihrer Leistungen und Selbstverwirklichung im als authentisch empfundenen Raum der Familie (Limanowska 1993).

Die staatssozialistische Frauenpolitik hatte für die Politisierung des Geschlechterverhältnisses vor allem zwei Konsequenzen: Erstens konnten nach dem Systemübergang Gleichstellungsforderungen kaum in der „total kompromittierten Sprache des Realsozialismus", also mit Verweis auf soziale Gerechtigkeit, gestellt werden. So wurde der Bezugsrahmen der internationalen Menschen- und Frauenrechte geschaffen, mit dem auch an die Rechts-Rhetorik der Opposition seit den 1970er Jahren (Přiban 2005) angeknüpft werden konnte.[5] Folglich hat sich die entstehende Frauenbewegung kaum mit sozialen und ökonomischen Konflikten beschäftigt, die für Frauen in der Transformation relevant wurden. Zweitens nutzten neue politische Akteure, darunter die katholische Kirche, die Forderung nach Verschärfung des Abtreibungsrechts, um sich symbolisch vom alten kommunistischen Regime abzugrenzen und das neue zu legitimieren.[6] Abtreibungsgegner betonten den Vorrang von Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft gegenüber Individualrechten von Frauen. Diese wurden in der Diskussion nur schwach propagiert (vgl. Nowicka 2007: 168 und 176f.).

3 Geschlechterkulturen nach 1989: Modernisierung oder Retraditionalisierung?

Im europäischen Vergleich scheinen die in Polen vorherrschenden Vorstellungen von Geschlechterrollen eher konservativ und stark von Differenzvorstellungen geprägt. 2004 meinten 41 % der Befragten (44 % Männer, 38 % Frauen), dass Männern ein größeres Recht auf einen Arbeitsplatz in Krisenzeiten zustünde – doppelt so viele wie in Deutschland (22 %). Polen ähnelt hier sowohl anderen postsozialistischen Staaten als auch katholischen südeuropäischen EU-Mitgliedern.[7] Polinnen und Polen sind im EU-Vergleich unterdurchschnittlich von Frauendiskriminierung überzeugt (Europäische Kommission 2007: 20–25), doch steigt deren Wahrnehmung tendenziell an (CBOS 2006b).

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich: Die Legitimität und der Stellenwert der Erwerbsarbeit für Frauen sind heute höher als Anfang der 1990er Jahre. Ein Nur-Hausfrauendasein wird kritischer bewertet und es sinkt die Zustimmung zur Bevorzugung von Männern bei Arbeitsplatzmangel (vgl. Michoń 2009: 170–175). Im Jahr 2000 favorisierten 42 % der Befragten das männliche Ernährermodell und 38 % ein partnerschaftliches Zweiverdienermodell – 2006 war die Zustimmung zum Ernährermodell auf 32 % gesunken und für das partnerschaftliche Modell auf 41 % gestiegen (CBOS 2006a: 5f.). Aussagen zu bevorzugten Lebensmodellen, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung werden allerdings

5 Diskussionsbeitrag von Barbara Limanowska auf der Diskussionsveranstaltung „Polska jest kobietą – ale jaką?" (Polen ist eine Frau – aber welche?), Warschau, 5. November 2009.

6 Zu weiteren Gründen vgl. Gal/Kligman 2000a/b, bes. 2000b: 15–36.

7 Eigene Berechnungen nach European Social Survey 2004. Ausgewählte Zustimmungsraten: Tschechien 37 %, Ungarn 57 %, Slowakei 32 %, Irland 24 %, Portugal 39 %, Spanien 31 %, Dänemark, Norwegen und Schweden je 8 %.

durch strukturelle Faktoren wie reale Familienpolitik und die Kosten, Qualität und Zugänglichkeit der Betreuung beeinflusst (Plomien 2009: 140).

Die hier grob skizzierten Veränderungen und Einstellungen zeigen, dass es in der Bevölkerung keine konsistente Tendenz zur Retraditionalisierung gibt, sondern dass angesichts von Marktwirtschaft, Globalisierung und europäischer Integration differenzierte Modernisierungsprozesse ablaufen, deren genauere Untersuchung lohnend ist. So ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit für beide Geschlechter enorm gestiegen, und zwar als Faktor für ein erfülltes Leben und als notwendige Voraussetzung für ökonomische Unabhängigkeit (vgl. Michoń 2009: 187).

4 Geschlechterordnung im Wandel

In den 1980er Jahren war das sozialistische Familien- und Zweiverdienermodell mit der Frau als Betreuerin von Kind und Haushalt institutionell durch Sozialleistungen, Sonderregelungen für Mütter und Kinderbetreuungseinrichtungen abgesichert. Die Installierung der Marktwirtschaft durch eine „Schocktherapie" ab 1990 war mit zahlreichen Krisenerscheinungen verbunden, die Frauen stärker als Männer trafen, wie insbesondere Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und der Abbau betrieblicher wie staatlicher Sozialleistungen. Viele Leistungen wurden wieder privat erbracht (Siemieńska 1996: 563f.). Die Entwicklung leistete offener Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt Vorschub (Nowakowska/Swedrowska 2000; Kozek 2009). Allerdings spielten auch Bildung und Schicht eine wichtige Rolle: Für gut ausgebildete Frauen, etwa bei Banken und Versicherungen, eröffneten sich berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, für einen Arbeiter der Schwerindustrie verringerten sie sich.

Ein Überblick über zentrale Kennzahlen der Gleichberechtigung der Geschlechter kurz nach dem EU-Beitritt (Pascall/Kwak 2009: 129–148) zeigt, dass die bestehende Diskriminierung von Frauen in der Region geringer als in der alten EU-15 ist, etwa in Bezug auf Armutsgefährdung, Erwerbsquoten, Teilzeit oder Einkommen. Neuere Studien zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Osteuropa haben Polen dem Typ des „impliziten Familialismus" zugeordnet, in dem Frauen wenig dabei unterstützt werden, eine Arbeit aufzunehmen oder ihre Kinder zu Hause zu betreuen (Michoń 2009: 182f.; Szelewa/Polakowski 2008: 126). 2003 standen nur für 2 % der unter Dreijährigen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung (Michoń 2009: 179). Die Preise für Betreuung sind einkommensunabhängig und damit für viele zu teuer. Unflexible Elternzeitregelungen und bedarfsgeprüftes Elterngeld hemmen eine egalitäre Arbeitsteilung bei Paaren (Michoń 2009; Plomien 2009). Zurzeit nimmt nur die Hälfte der jungen Mütter Elternurlaub, wobei die wenigsten die drei Jahre ausschöpfen (Plomien 2009: 142f.).

Tatsächlich arbeiten Mütter zwischen 25 und 44 mit einer Quote von 60 % häufiger als der Durchschnitt der Frauen in Polen (50,6 % 2007, Plomien 2007: 146). Drei von zehn polnischen Paaren zwischen 20 und 49 Jahren leben nach einem männlichen Ernährermodell, doch bei der Hälfte der Paare sind beide voll erwerbstätig (Michoń 2009: 187). Die starken Spannungen zwischen Mutterschaft und Erwerbsarbeit unter postsozialistischen Umständen haben nicht dazu geführt, dass sich eine bürgerliche Geschlechterordnung durchsetzt, sondern dass sich Frauen bei schlechten Vereinbar-

keitsbedingungen zwischen Familie und Beruf für letzteres entscheiden (vgl. Plomien 2009: 146).

5 Eckpfeiler des geschlechterpolitischen Diskurses

Die Kombination aus implizitem Familialismus und hohen moralischen Ansprüchen an Mütter lässt sich individuell auch heute mit dem Vorbild der „Superwoman" kaum bewältigen. Zentrale geschlechterpolitische Konflikte kreisen um Mutterschaft und Reproduktion: Der bereits erwähnte Konflikt um die Abtreibung seit 1989 gab der im Entstehen begriffenen Frauenbewegung zwar ein einmaliges politisches Gelegenheitsfenster, doch weder konnte sie eine restriktive Änderung verhindern noch eine neuerliche Liberalisierung erreichen. Reproduktive Rechte bleiben geschlechterpolitisch das „pièce de résistance", doch sind sie tabuisiert (Überblick bei Nowicka 2007). LGBT-Rechte (Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual People) wurden im Konflikt um die „Gleichheitsparaden" öffentlich diskutiert. Diese wurden 2005/06 mehrmals verboten und gewaltsam aufgelöst. Ihre Gegner rührten an die Grundpfeiler demokratischer Konsolidierung und zweifelten Legalität und Legitimität der Demonstrationsfreiheit an, indem das Anliegen als etwas „Fremdes", „Unpolnisches" diffamiert und die polnische Nation als ‚natürlich' heterosexuell und traditionell definiert wurde (ausführlich Keinz 2008: 218–243). Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte brachte schließlich 2007 Klarheit, dass die Verbote das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verletzt hatten,[8] sodass weitere Demonstrationen legal stattfinden konnten (UNDP 2007: 94). Gleichberechtigte politische Partizipation stand bei den überparteilichen Frauenwahlkoalitionen im Fokus, die in der ersten Hälfte der 2000er Jahre für die Wahl von Frauen und gesetzliche wie parteiinterne Quotenregelungen lobbyierten; der Frauenanteil in den Parlamenten stagniert seit Anfang des Jahrtausends etwa bei einem Fünftel (vgl. Fuszara 2005). Exekutive Gleichstellungsinstitutionen sind traditionellerweise außerordentlich instabil. Ausstattung und Kompetenzen sind abhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung. Als Teil der Regierungskanzlei

> „the Plenipotentiary exists only as long as the Prime Minister is incumbent (or wishes for the office to exist), thus being vulnerable to co-optation, re-engineering according to the political will of whoever is the ruling party, and outright liquidation. [...] a Plenipotentiary is necessarily temporary and can therefore never count on enduring beyond the government's term." (Gerber 2010: 34).

So gab es Regierungsbeauftragte für Frauen und Familie, Familie und Frauen, Familie und schließlich für Gleichstellung von Frauen und Männern (2001–2005). Seit 2008 existiert wiederum die Stelle der „Regierungsbeauftragten für Gleichbehandlung" (für alle diskriminierten Gruppen).

Die wortgetreue Übernahme der EU-Direktiven zur Geschlechtergleichstellung ins Arbeitsgesetz erfolgte 2001, doch fehlen Umsetzungsvorschriften sowie eine Übernahme weiterer Antidiskriminierungsrichtlinien und eine starke, unabhängige Gleichstellungsbehörde. Bei Drucklegung lief deswegen gegen Polen ein Vertragsverletzungs-

8 Baczkowski and others vs. Poland, Application no. 1543/06, Urteil vom 3. Mai 2007, sinnigerweise der Jahrestag der ersten polnischen Verfassung von 1791.

verfahren. Ende Oktober 2010 verabschiedete der Sejm eine komplizierte gesetzliche Minimallösung mit zahlreichen Ausnahmen, die Diskriminierungsopfern lediglich das Recht auf Entschädigung zugesteht, die sie auf dem normalen zivilrechtlichen Weg einklagen müssen.[9]

6 Parlamentsdebatten um ein Gleichstellungsgesetz: Geschlechtervisionen im Widerstreit?

Wie wird vor diesem Hintergrund um die politische Regulierung von Geschlechterverhältnissen gestritten? Der folgenden Analyse liegen vier Debatten von zwei Gesetzentwürfen für ein „Gesetz über gleichen Status von Frauen und Männern" von 1999 (Rückweisung) sowie 2003, 2004 und 2005 zugrunde (drei Lesungen mit zwischenzeitlichen Arbeiten in der zuständigen Parlamentskommission).[10] 1999 war eine konservative, 2001–2005 eine postkommunistische Regierung an der Macht. Die stenografierten Wortbeiträge wurden im Hinblick auf die Existenz von Diskriminierung, Begründungsmuster für oder gegen ein Gesetz, Geschlechterverhältnisse und -rollen (bzw. Frauenrollen) kodiert.[11] In der Auswertung wurde das Augenmerk auf die beiden letzten Themen und die Bezüge zum Staatssozialismus gelegt, dabei vor allem auf die sachliche Diagnose und Prognose, und nur in Ansätzen auf Beziehungs-Aussagen. Für die Stärke der jeweiligen Standpunkte wurde neben der Länge der Beiträge auch die Zahl der Argumente herangezogen.

Tabelle 1: Parteien/Fraktionen in der Debatte[12]

Kürzel	Name	Ausrichtung
AWS	Akcja Wyborcza Solidarność – Wahlaktion Solidarität	Bündnis christdemokratischer, konservativer und nationalistischer Kräfte, zerfallen
LPR	Liga Polskich Rodzin – Liga Polnischer Familien	Nationalistisch
SO	Samoobrona – Selbstverteidigung	Populistische Bauernpartei
PO	Platforma Obywatelska – Bürgerplattform	Liberal-konservativ
PiS	Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit	Konservativ-nationalistisch
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Volkspartei	Zentristisch
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej – Vereinigte Demokratische Linke	Sozialdemokratisch

9 Vgl. orka.sejm.gov.pl/proc6.nsf/opisy/3386.htm (17. November 2010), Śmiszek 2008 und persönliche Mitteilung Krzysztof Śmiszek an die Autorin, 12. März 2010.

10 Debatte vom 4. März 1999, zitiert als III/45, das heißt: 3. Amtsperiode, 45. Sitzung. Zweiter Entwurf aus dem Senat: 1. Lesung am 12. Juni 2003, zitiert als IV/50; 2. Lesung am 22. September 2004, zitiert als IV/84; 3. Lesung am 16. Juni 2005, zitiert als IV/105. Abrufbar unter www.orka.sejm.gov.pl.

11 Kodierung und Auswertung erfolgten mit dem qualitativen Tool maxqda. Dabei wurde in etwa 80 inhaltliche Aussagen differenziert.

12 Die Abgeordneten wurden mit ihrer Zugehörigkeit zu Beginn der Legislatur erfasst. Zum polnischen Parteiensystem siehe Ziemer 2009.

6.1 Die Gesetzentwürfe

Der erste Entwurf (druk nr 569/1998) lehnte sich eng an das norwegische Gleichstellungsgesetz von 1978 an und wurde von Wissenschaftlerinnen aus dem frauenpolitischen Milieu erarbeitet. Er sah ein Verbot der Diskriminierung vor, erlaubte positive Diskriminierung, definierte direkte und indirekte Diskriminierung und verpflichtete den Staat zu gleichstellungsfördernden Maßnahmen. Für alle von staatlichen Organen ernannten oder gewählten Gremien wurde eine Geschlechterquote von 40 % festgeschrieben. Weitere Artikel betrafen Antidiskriminierung im Erwerbsleben, in Bildung und bei der Elternschaft. Zur Überwachung des Gesetzes waren eine Ombudsperson und eine ihr zuarbeitende Kommission vorgesehen. Im Entwurf waren verschiedene institutionelle Schieflagen angelegt und der Maßnahmen-Mix provozierte Abwehrreaktionen (nach Fuchs 2003: 172ff.). Der zweite Entwurf vom Dezember 2002 (druk nr. 1313/2003) kam aus der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, in den Sejm. Wesentliche Änderung war das vorgesehene Amt für Gleichstellung (Art. 9–11), das vor allem für Beratung, Zusammenarbeit, Information, Forschung, Monitoring und Sensibilisierung zuständig sein sowie Betroffene beraten und unterstützen sollte. Starke (Untersuchungs-)Kompetenzen des Amtes und damit spezifische Verfahren zur Rechtsdurchsetzung waren nicht vorgesehen. 2004 wurden die Quotenvorgaben im Entwurf gestrichen und durch eine weiche Soll-Bestimmung ersetzt. 2005 wurden schließlich andere Diskriminierungsgründe wie ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung eingefügt.

6.2 Die Debatten 1999 und 2003/05

Allgemeines

1997–2001 betrug der Frauenanteil im Sejm 13 %, 2001–2005 immerhin 20 %. In der Debatte sind Frauen aber deutlich überrepräsentiert: Zwei Drittel der RednerInnen sind weiblich, bei der SLD sogar drei Viertel, und für die konservativen Parteien PO und PiS sprechen nur Frauen.

Tabelle 2: RednerInnen, Mandate und ungefähre Redezeit nach Partei

	Frauen	Männer	Gesamt	Mandatsanteil 2001–2005	Ca. Redezeit der Parteien 2003/04	Zahl der Beiträge 03/04 o. Fragen
AWS	4	4	8	--	--	--
LPR	4	2	6	8,3%	27,4%	8–27,5%
PiS	2	0	2	9,6%	13,7%	3–10,3%
PO	2	0	2	14,1%	13,4%	3–10,3%
PSL	0	3	3	9,1%	7,1%	2–7%
SLD	8	3	11	47%	28,7%	10–34,5%
SO	3	1	4	11,5%	10,6%	3–10,3%
UW	1	0	1	--	--	--
Gesamt	24 (65%)	13 (35%)	N = 37	100%	100%	29 (100%)

Das Missverhältnis zwischen der Zahl der Beiträge und der Mandate ist 2003/04 bei der Familienliga groß, die drei Mal so viele Beiträge macht wie ihrem Mandatsanteil entspräche; bei der Sozialdemokratie ist das Verhältnis umgekehrt. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der Redezeit. Die Debatten sind also offensichtlich ein Profilierungsfeld der nationalkatholischen Familienliga, während die Sozialdemokratie sich mit der Werbung für ihr eigenes Projekt zurückhält. Liberal(-konservative) Kräfte und Männer meiden das Thema und damit eigene Positionen zum Gesetz eher. Pro und Contra sind klar verteilt: die SLD für ein Gesetz, AWS, LPR, PiS und PO dagegen. SO und PSL haben kritische Einschätzungen. In den verschiedenen Lesungen werden grosso modo die gleichen Argumente gebraucht, die sich später lediglich ausdifferenzieren. Ein „deliberativer Fortschritt" ist kaum festzustellen. Nur die populistische Samoobrona erkennt anfangs Frauendiskriminierung und Handlungsbedarf, schwenkt aber später auf die konservative Linie ein.

Gibt es Diskriminierung in Polen?

Ein Gleichstellungsgesetz ist nur dann sinnvoll, wenn Diskriminierung ein tatsächliches gesellschaftliches Problem ist. Darüber herrscht erwartungsgemäß keine Einigkeit, weil die Auffassungen über den Charakter der Geschlechterunterschiede auseinandergehen. Fast ein Drittel (11 von 37 Abgeordneten) bestreitet explizit Frauendiskriminierung (AWS, LPR, PiS, PSL, SO). Eine Strategie lautet ‚Negierung durch Überhöhung'. Demnach gibt es viele Frauen in Führungspositionen, wenn es durchaus gönnerhaft heißt: „Wir haben in Polen viele Frauen, die sich durch ein Hochschulstudium auszeichnen und den Titel eines Professors tragen, darunter auch ordentliche" (Zbigniew Sosnowski, PSL, IV/84). Auch würde Frauen Diskriminierung nur eingeredet und tatsächliche Ungleichbehandlungen seien keine Diskriminierung, da sie in der Mutterrolle wurzelten. Hingegen konstatieren 16 Abgeordnete, davon lediglich die Hälfte von der SLD, 58 Mal explizit Diskriminierung. Fünf Mal weisen SozialdemokratInnen dabei auf die Diskriminierung von Männern hin, besonders beim Sorgerecht. Am Weitesten geht der Konsens bei der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, wo auch eine LPR-Abgeordnete Handlungsbedarf sieht. Daneben werden Rollenstereotypen, Politik und Gewalt in der Familie genannt. Das Abtreibungsgesetz wird nur zwei Mal verurteilt. Diskriminierung wird in der 1999er Debatte am häufigsten konstatiert. Möglicherweise ist diese Tatsache später im Parlament schon breiter akzeptiert, ähnlich wie in der Bevölkerung.

Geschlechterrollen

Eine positive Zielvorstellung von Gleichstellung wird von den BefürworterInnen eines Gesetzes nur schwach konturiert und nimmt 2003/05 sogar noch ab. Gleichstellung nütze den Frauen und damit der gesamten Gesellschaft, führt Danuta Waniek (SLD) 1999 an. Gleichstellung bedeute, dass Frauen und Männer tatsächlich gleiche Rechte im Beruf, bei der sozialen Sicherung und bei Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hätten (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/105). Dazu müssten einengende Rollenstereotypen bekämpft werden, sei es in Schulbüchern oder in der Politik:

„Gemäß Umfragen interessieren sich Frauen weniger für Politik. Ich ziehe daraus jedoch umgekehrte Schlüsse als die Gegner des Gesetzes. Ich denke, dass man angesichts dieser Rollen und Stereotypen

sich Gedanken machen sollte über rechtliche Regelungen, die neben konkreten Lösungen auch die Erziehung zur Gleichheit einschließen, denn das fehlt uns vor allem." (Katarzyna Śledzińska-Katarasińska, UW, III/45)

2004 und 2005 bleibt es der damaligen Gleichstellungsbeauftragten Magdalena Środa als Vertreterin der Exekutive überlassen, das Wesen der Diskriminierung zu erklären sowie die Abhilfemaßnahmen und deren Nutzen aufzuzählen.

Gegenüber einem positiven Entwurf von Gleichheit dominieren in allen Debatten Hinweise auf die natürliche Differenz zwischen Frauen und Männern, die teilweise aus Traktaten der vorletzten Jahrhundertwende stammen könnten:

„Wir wurden unterschiedlich geschaffen, nicht damit wir uns angleichen, sondern um uns zu ergänzen. Die Tatsachen auf der anatomisch-physiologischen Ebene haben ihre Spiegelung auf der psychischen, geistigen Ebene. Sogar die Liebe der Mutter und Frau hat eine andere Färbung als die männliche Liebe, doch beide sind gleichermaßen unentbehrlich für das richtige Funktionieren der Familie und die Kindererziehung." (Urszula Krupa, LPR, IV/50).

Die Natürlichkeit der Geschlechterdifferenz wird mit Verweis auf Gott, das Episkopat, Johannes Paul II., die Geschichte und, noch mehrheitsfähiger, aufgrund wissenschaftlicher Forschungsergebnisse bekräftigt. Eine Aufhebung der Geschlechterunterschiede, wie vom Gesetz vorgesehen, sei daher nicht möglich oder geradezu schädlich für die polnische Nation:

„Man muss die Veranlagungen der Frau in die richtige Richtung entwickeln, um ihr zu helfen, diese zu retten und ihre Würde zu verstehen, denn wenn man die Frau rettet, rettet man die ganze Nation". (Barbara Frączek, AWS, III/45)

Nur zwei Mal wird dieser Differenz-Biologismus angegriffen.

„Tatsächlich gab es zwischen Männchen und Weibchen im Stadium der Affen der Gruppe der Australoiden einen biologischen Unterschied, der darin bestand, dass das Männchen aufgrund physischer Überlegenheit dominierte. Die heutige dominierende Rolle der Männer in der Gesellschaft ist ein Relikt aus dem Paläolithikum, als die Männer mit physischer Kraft sich das Übergewicht erkämpften, das sie bis heute nicht abgegeben haben. […] Blondinenwitze oder solche über Frau am Steuer [sind] Teil der Ideologie, die das Primat der einen Gruppe der polnischen Gesellschaft über die andere verteidigen soll." (Piotr Ikonowicz, SLD, III/45).

Diese Äußerung ist selbst nicht ganz frei von Essentialismus; die Existenz natürlicher Geschlechterdifferenzen scheint nicht nur in der breiten Bevölkerung, sondern auch im Parlament außer Frage zu stehen.

Braucht Polen ein Gleichstellungsgesetz?

Wo positive Ausformulierungen der Gleichstellung fehlen, können sie nicht als Argument für ein Gesetz verwendet werden. Stattdessen wird sehr oft auf die Verpflichtungen verwiesen, die Polen durch internationale Abkommen und durch den (angestrebten) Beitritt zur Europäischen Union eingegangen ist. Diese Abkommen und Pakte werden teils ausführlich zitiert und sind Teil fast jeden Redebeitrags der SLD. Zwischen 1999 und 2003/05 wird der Bezug auf die EU stärker.[13] Eine idealtypische Begründung lautet etwa:

13 Zum EU-Diskurs vgl. Horolets 2006; Fuchs/Payer 2007: 170ff.

„In vielen westlichen Ländern wurden in den letzten 30 Jahren Gleichstellungsgesetze erlassen. Die Bedeutung dieser Normen wurde viele Male in den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften, den Dokumenten des Europarats und der UN unterstrichen. Auch in der polnischen Verfassung finden sich Vorschriften zum Verbot jedweder Diskriminierung und Garantien der Rechtsgleichheit aller Bürger. Wie jedoch die Praxis zeigt, bieten die verständlicherweise allgemeinen Vorschriften in vielen Lebensbereichen keinen ausreichenden Schutz. Das Gleichstellungsgesetz hat die Aufgabe, diese bestehende Lücke zu füllen." (Joanna Sosnowska, SLD, III/45)

In jeder Debatte werden auch positive Beispiele, etwa für Quotenregelungen, aus anderen Ländern angeführt. Dies kann in das sogenannte „Naming and Shaming" übergehen, das heißt: Polen wird wegen einer im internationalen Vergleich rückständigen Praxis kritisiert. Hinsichtlich des EU-Beitritts heißt es, er bedeute nicht nur eine ökonomische Aufholjagd, sondern gleichermaßen

„die Annahme von Normen, die das gesellschaftliche Leben regeln, denn erst dann können wir von uns selbst sagen, dass wir im gleichen Zivilisationskreis leben wie der Rest Europas". (Bożena Kiżińska, SLD, IV/84)

„Seien wir nicht die letzten", empfiehlt Danuta Polak (SLD, IV/84), schließlich hätten schon Tschechien, Litauen und Slowenien als neue Mitgliedsstaaten Gesetze verabschiedet. Interessanterweise wird parallel zu den steten Verweisen auf katholisch-polnische Traditionen mehrmals auf das fortschrittliche Erbe verwiesen, also ein eigener historischer Bezug hergestellt:

„Polen hat 1918 als eines der ersten Länder der Welt den Frauen das Wahlrecht gegeben. Die erste Regierung der unabhängigen Republik nach 130 Jahren Sklaverei anerkannte, dass ohne Garantie dieser Rechte Polen kein wirklich freies und gerechtes Land sein kann." (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/84)

Die GegnerInnen bestreiten die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Gesetzes vor allem mit dem Argument, Gleichberechtigung und Diskriminierungsverbot seien bereits gesetzlich verankert und damit umgesetzt. Besonders Quoten werden als verfassungswidrig bezeichnet. Sie schränkten zudem die Wahlfreiheit ein, degradierten Frauen zu Quotenfrauen und entwerteten Qualifikationen – 11 Abgeordnete führen hier insgesamt 19 Argumente an. Die Pro-Seite kontert, Quoten dienten dazu, dass in Entscheidungsgremien die Männer- und die Frauensicht berücksichtigt werden (Teresa Jasztal, SLD, III/45); sie hätten auch den unbestrittenen Vorteil, wirksam zu sein (7 Äußerungen). Die Gegner führen schließlich die Nutzlosigkeit eines Gesetzes an, das die soziale Praxis nicht verändern könne:

„Die Bürgerplattform nimmt Frauenrechte und Gleichberechtigung sehr ernst [...] doch es lässt sich die Gleichheit von Frauen und Männern nicht dekretieren. Entweder fühlt man, dass Frauen und Männer gleich sein sollen, oder nicht. Ein Gesetz erledigt die tatsächliche Gleichstellung überhaupt nicht." (Marta Fogler, PO, IV/84)

Argumente zu unnötiger Gesetzgebung halten sich mit denen zur notwendigen Konkretisierung der Verfassungsvorschriften etwa die Waage (15 zu 16 Erwähnungen). Daneben lösen das Thema sexuelle Belästigung und die Bekämpfung von Stereotypen teilweise emotionale und polemische Proteste aus. Bei der LPR münden sie gar in die Konstruktion einer versteckten Agenda, was möglicherweise homophobe Ressentiments gegen das Gesetz mobilisieren soll:

„Die Vorschrift in Artikel 8 jedoch über das Verbot der Diskriminierung von Männern, die sich an Erziehungsaufgaben beteiligen wollen, auch außerhalb der Ehe, erlaubt es zwei Männern, Kinder zu erziehen und zu betreuen. Geht es in Wirklichkeit darum beim Gleichstellungsgesetz? Geht es um Demoralisierung?" (Urszula Krupa, LPR, IV/50)

Das vorgesehene Gleichstellungsamt, von der Pro-Seite häufig als wichtige institutionelle Stabilisierung der Politik bezeichnet, ist für die GegnerInnen eine Lizenz zur Verschwendung von Steuergeldern. Liberale Argumente gegen das Gesetz wie der Schutz der Privatsphäre oder der Angriff auf die Vertragsfreiheit gehen in der Masse unter. Einzig das bereits genannte liberale Argument der angeblichen sozialen Wirkungslosigkeit von Gesetzen findet auch konservative Zustimmung.

Der Schatten des Staatssozialismus

In allen Debatten ziehen GegnerInnen Parallelen zwischen einer aktiven Gleichstellungspolitik und dem vergangenen staatssozialistischen Regime. In der Debatte 2003/05 werden auch Feministinnen (persönlich) angegriffen, es gibt ein regelrechtes „Bashing", wobei Feminismus mit Sozialismus und „Zwangsbeglückung" gleichgesetzt wird (Elżbieta Kruk, PiS, IV/84).[14] Gleichstellungspolitik wird als Ausdruck einer glücklicherweise vergangenen Zeit bezeichnet, als man glaubte, „sozialtechnologisch" die Gesellschaft verändern zu können:

„Die besprochene Initiative täuscht tatsächliche Sorge um das Schicksal der Frauen vor, so wie das Propaganda-Lächeln der Traktoristin Hela vom sozrealistischen Propagandaplakat oder wie die damalige Präsenz von Vertreterinnen der Liga Kobiet und des Koło Gospodyń Wiejskich[15] an Staatsfeierlichkeiten die vollkommene Gleichheit zwischen Frauen und Männern simulierten, die weder jemals bestand, noch bestehen konnte." (Elżbieta Kruk, IV/50)

Wenn die eigenen Auffassungen über Geschlechterrollen als natürliche Ordnung betrachtet werden, die nicht verändert werden soll, so ist jede aktive Gleichstellungspolitik, ob vergangen oder modern, negativ. Diese Vorwürfe an die Adresse der SLD werden in der Debatte kaum pariert, sondern die vielfach hergestellten Bezüge zu Europa, zu internationalen Organisationen und Abkommen, die nichts mit dem Staatssozialismus zu tun haben, sind die indirekten Gegenargumente:

„Ein anderes Verständnis der Frauenrechte in den Ländern Westeuropas ist das Ergebnis eines zwanzigjährigen harten Kampfes von Frauenorganisationen, die Menschenrechte verteidigen. In Polen, wo man seit 15 Jahren allen einredet, Frauenemanzipation sei gleichbedeutend mit einer Vorliebe fürs Traktorfahren, erklärt sich der Widerstand gegen die Gleichheit der Geschlechter aus dem Wunsch der Machterhaltung." (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/84)

Feministinnen wird vorgeworfen, dass sie nicht für die polnischen Frauen sprechen würden, sondern es ihnen nur um die Durchsetzung der eigenen Weltsicht gehe. Zudem solle die Verankerung eines Gleichstellungsamtes ihre persönlichen Pfründe, Arbeitsplätze und teuren Dienstreisen sichern (so etwa Renata Beger SO, IV/105; Elżbieta Kruk IV/105; Antoni Stryjewski LPR IV/84).

14 Indirekt zeigt sich daran das Erstarken feministischen Gedankenguts in Polen, denn offenbar hielt die Gegenseite 1999 eine solche Kritik noch für unnötig.

15 Frauenliga und Kreis der Landfrauen

Die so angegriffenen SLD-Abgeordneten widersprechen diesem Zerrbild nicht. Nur die (ehemaligen) Gleichstellungsbeauftragten Izabela Jaruga-Nowacka und Magdalena Środa, die Rederecht in der Debatte haben, rechtfertigen ihre eigene Arbeit, und zwar weniger inhaltlich als mit bürokratischen Kriterien, von denen wohl auch gegnerische Akzeptanz erwartet wird: Ihre Arbeit sei stets professionell, sparsam, anstrengend und vernetzt. Die parlamentarische Linke, das heißt die PostkommunistInnen, ist aus mehreren Gründen angreifbar. Grundsätzlich hat sie sich ein soziales Image bewahrt, unterstützte jedoch immer (diskret) die marktwirtschaftlichen Reformen und hat viele Transformationsgewinner in ihren Reihen (Załuska 2009: 3f.). Zudem gab es bei den PostkommunistInnen keine offensiven Bemühungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit – sie „schweigen beschämt“[16] darüber. Das gilt auch für die ambivalente Geschlechterpolitik vor 1989, deren Unterschiede zu heute kaum differenziert benannt werden (können). Der außerparlamentarischen Linken, wie sie sich im Umfeld der Zeitschrift krytyka polityczna etabliert (www.krytykapolityczna.pl, s. Szumlewicz 2009), geht es dabei ähnlich. Es scheint für beide Gruppen schwierig, eine moderne, tragfähige und linke Gleichstellungspolitik zu formulieren. Als die SLD zwischen 2001 und 2005 regierte, brach ihr gesellschaftlicher Rückhalt durch politische Affären und eine unsoziale Politik nach und nach weg. Auch gleichstellungspolitisch geriet die Regierung in die Defensive. Sie hatte 2004 die Alimentenbevorschussung abgeschafft und den Mutterschaftsurlaub auf generell 18 Wochen gekürzt (UNDP 2007: 77).

„Dieses Gesetz ist ein typisches Wahlgeschenk [„Wahlwurst“]. Die Linke hat die Frauenfrage ungelöst gelassen. Sie hat ihnen keine Arbeitsplätze gesichert, den Alimentenfonds weggenommen und die Sozialleistungen beschnitten. Im Austausch dafür gibt sie ihnen totes Recht auf dem Papier, durch das es weder Arbeit noch Brot geben wird.“ (Renata Beger, SO, IV/105)

Diese sozialen Kürzungen werden insgesamt 15 Mal als frauenfeindlich gebrandmarkt und häufig mit Familienfeindlichkeit gleichgesetzt. Die Frauenfrage scheint für beide Seiten vor allem eine Mütterfrage zu sein, wie im Folgenden deutlich wird.

Welche Geschlechterordnung ist erstrebenswert?

Im Gegensatz zur Pro-Seite erklärt die Contra-Seite ihre angestrebte Geschlechterordnung relativ breit und genau. Es lassen sich dabei männliches Ernährermodell, „echte Wahlfreiheit für Frauen“ und ein Vereinbarkeitsmodell ausmachen. Die rhetorische Verknüpfung von Geschlecht, Familie und Nation, die Rolle der Frau als Hüterin der Familie und der Nation sowie die Schädigung der Nation durch fremdes Gedankengut sind sehr deutlich in den Äußerungen der AWS und LPR, aber auf diese beschränkt und nicht dominant. Die Vision eines bürgerlichen männlichen Ernährermodells taucht 1999 und 2004 nur je einmal auf:

„Erlaubt es polnischen Frauen, ihre Kinder in Ruhe und einem Gefühl der Sicherheit großzuziehen! Wertschätzt ihre Rolle im Haus, auch wirtschaftlich! Nehmt sie nicht aus dem Haus, trennt sie nicht von den Kindern …
(Zwischenruf: Schluss, Schluss. Die Zeit ist vorbei!)
… stellt die polnischen Frauen nicht ihren Männern und den Vätern ihrer Kinder entgegen. Erlaubt

16 Persönliche Mitteilung von Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut Darmstadt, 3. Juni 2010.

auch den Polen männlichen Geschlechts, ehrlich zu arbeiten und anständig zu verdienen, damit sie ihre Ehefrauen und Kinder ernähren und Häuser bauen können." (Antoni Stryjewski, LPR, IV/2004)

Daran schließt die Forderung nach Wahlfreiheit an. Hierzu müssten die mütterlichen Aufgaben sozial aufgewertet werden; die programmatische Forderung der Familienliga nach einem Mütterlohn (Elżbieta Ratajczak, IV/105) wurde politisch allerdings nie konkretisiert. Die natürliche Rolle der Frau als Mutter wird an weiteren Stellen von Abgeordneten der AWS und der LPR beschworen, meist aber ohne einen direkten Angriff auf berufstätige Mütter. Verbreiteter ist die Forderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar bis ins linke Lager hinein. Offensichtlich steht den Abgeordneten ein modernisiertes Familienmodell vor Augen, in dem beide Partner arbeiten, aber die Mutter für die Betreuung verantwortlich bleibt. Dem widmet sich besonders ausführlich Elżbieta Kruk (PiS):

„Ein grundlegender Nachteil des Gesetzentwurfs ist das Fehlen der Identifikation und der Lösung der wirklichen Probleme der Frauen, und zwar vor allem des Problems der Vereinbarkeit der beruflichen Aspirationen und des beruflichen Potenzials der Frauen mit ihrer Verantwortung für die Familie." (IV/105)

Veränderungen in der tatsächlichen Geschlechterordnung werden fast immer als Krise der Familie interpretiert, die vornehmlich auf politisch-ideologische Kräfte zurückgeführt wird, nicht auf die oben skizzierten ökonomischen und sozialen Veränderungen. Linke Regierungen sparten auf Kosten der Frauen und „propagierten eine frauenfeindliche, familienfeindliche Ideologie", so Kruk (IV/105).

Die konservative Seite sieht die Lösung des Problems in Erziehungsurlaub sowie praktischen und kulturellen Veränderungen der Arbeitswelt, etwa bei flexibler Arbeitszeit (Elżbieta Kruk, PiS, IV/84). Auch Magdalena Środa definiert Vereinbarkeit als Frauenproblem und sieht aufgrund europäischer Erfahrungen in der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen den Schlüssel zu mehr Kindern. Sie nennt die Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen gemäß der Europäischen Beschäftigungsstrategie einen Schwerpunkt ihrer Arbeit (Elżbieta Kruk, PiS, IV/105). Die Verengung von Gleichstellung als Vereinbarkeitsproblem von Frauen ist sicher problematisch, doch kann dies auch als Beginn eines Bewusstseinsprozesses interpretiert werden. Von den Abgeordneten werden nur wenige konkrete politische Maßnahmen zur Vereinbarkeit benannt, die zudem auf Oppositionsseite relativ ungefährlich gemacht werden können und nach 2005 nicht konkretisiert wurden. Der bereits konstatierte implizite Familialismus spiegelt sich hier im Ensemble der Aussagen.

6.3 Zusammenfassung

Obgleich die Debatten unter verschiedenen Regierungsmehrheiten stattfinden, sind die Gegner eines Gesetzes quantitativ und von der Breite der Argumentation her vorherrschend. Die sozialdemokratische Seite arbeitet mit einem kleinen Bündel von Argumenten, nämlich mit dem Bezug auf internationales und EU-Recht und dem Bedarf nach einer institutionell stabilen Umsetzung der Verfassung. Geschlechterunterschiede seien nicht natürlich, sondern kulturell und sozial bedingt, sodass schädliche Stereotypen bekämpft werden sollten. Die Gegenseite postuliert natürliche Geschlechterdifferenzen und bestreitet Notwendigkeit und Nutzen eines Gesetzes, weil es nach ihrer Meinung keine

tatsächliche Diskriminierung von Frauen gibt. Wenn es doch dazu käme, so seien dies soziale Phänomene, die nicht mit einem Gesetz zu ändern seien. In allen Debatten wird aktive staatliche Gleichstellungspolitik mit staatssozialistischem Denken gleichgesetzt und kaum zurückgewiesen. Der Pro-Seite fehlt es hingegen an einer ausgearbeiteten positiven Vision ihres Ziels. Männer sind auf beiden Seiten eine Leerstelle, sieht man von der Erwähnung diskriminierter Väter auf der Pro-Seite und der zweimaligen Beschwörung des männlichen Ernährers bei katholischen Abgeordneten ab. Etwas häufiger erklingt allerdings der Ruf nach Wahlfreiheit für Frauen, damit diese auch eine Erfüllung ihrer ‚natürlichen' Aufgaben wählen können. Schließlich trifft der Slogan nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen bei allen Beteiligten, auch den Linken, auf Resonanz. Die Gegner eines Gesetzes zeigen kaum auf, mit welchen politischen Maßnahmen sie ihre Vorstellungen umsetzen wollen. Ihre Stärke in der Debatte, so lässt sich folgern, beruht nicht auf griffigen Konzepten, sondern wesentlich auf der Schwäche der Linken.

7 Schlussfolgerungen

Die Analyse hat gezeigt, dass Widersprüche zwischen verschiedenen Geschlechterleitbildern sowie zwischen der dominanten traditionellen Vorstellung von natürlichen Geschlechterrollen und dem hohen Stellenwert weiblicher (mütterlicher) Erwerbstätigkeit in der Bevölkerung bestehen. Statt einer „Retraditionalisierung" werden offenbar wie schon vor 1989 verschiedene Orientierungen individuell miteinander verbunden. Das Vereinbarkeitsmodell mit privatisierter weiblicher Mehrarbeit für Haus und Kinder ist derzeit womöglich der praktische und diskursive Konsens in Polen – dafür sprechen die Arbeitspensen und die Umfragedaten ebenso wie die Verweise auf Vereinbarkeit bzw. die fehlenden offenen Attacken auf arbeitende Mütter in der Debatte. Der ‚Schatten des paternalistischen Staatssozialismus' hat sich auch in der defensiven Haltung der parlamentarischen Linken gezeigt, deren Politik als mütterfeindlich wahrgenommen wird. Sie entwickelt keine positiven Visionen. Ohne eine reflektierte Position zur staatssozialistischen Geschlechterpolitik muss sie ihre Anliegen ohne sozialpolitisches Vokabular legitimieren.

Die analytische Trennung von Geschlechterkultur, -ordnung und -arrangement hat sich als nützlich erwiesen, um die Widersprüche und Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Leitbildern sowie zwischen diesen und der bestehenden Geschlechterordnung zu erkennen, anstatt Diskurse als alleiniges Maß gesellschaftlicher Wirklichkeit zu interpretieren. Die soziale Wirksamkeit von Diskursen muss differenzierter betrachtet werden. Hieran schließen sich allerdings viele Fragen zu kollektiven Aushandlungsprozessen an:

Warum hat der in der Debatte dominante national-konservative Diskurs von Geschlechterdifferenz und Hochschätzung traditioneller Frauenrollen kaum Spuren in der Familienpolitik hinterlassen, etwa in Form von mehr Leistungen für alle Familien oder finanziellen Belohnungen für Hausfrauen-Mütter? Hier drängt sich die These vieler polnischer Feministinnen auf, die Geschlechterpolitik werde der politischen Rechten als Profilierungsfeld überlassen, um sich Zustimmung zu anderen Themen zu erkaufen. Damit wären reale konservative Machtressourcen eher gering. Auffallend ist tatsächlich die liberale Leerstelle in der analysierten Debatte, also fehlende politische Positionsbezüge und die fehlende Formulierung eines liberalen Frauenbilds. Dazu passen die

langsame Arbeit an der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien, schlechte Gesetzentwürfe und ein schwaches Amt der Gleichstellungsbeauftragten unter der jetzigen Regierung Tusk. Selbst die Wiedereinführung des abgeschafften Alimentenfonds 2008[17] ging nicht auf eine Initiative der Familienliga, sondern auf ein „bürgerschaftliches Gesetzesprojekt" alleinerziehender Mütter zurück, das mit 300 000 Unterschriften versehen im Parlament eingereicht wurde.

Die hier konstatierte Hegemonie eines konservativen Diskurses bei vielfältigeren Lebensrealitäten hemmt eine offene Deliberation, verstellt den Blick auf politische Gelegenheiten in der Gleichstellungspolitik – wie sie sich im Zusammentreffen von EU-Gleichstellungsdoktrin und „Superwoman"-Selbstbild ergeben könnte – und sorgt nicht zuletzt für eine verkürzte Wahrnehmung der polnischen Gesellschaft im Ausland. Offenbar ist es schwierig, bei einem so wertgeladenen Thema offen katholische Vorstellungen anzugreifen, weil in der politischen Kultur weiter der „Wir-gegen-Sie"-Antagonismus wirkt und aus Gegnern in einer Diskussion gleich Feinde werden.

Es braucht daher weitere Untersuchungen zu den Mechanismen, Gelegenheiten und Beschränkungen sowohl des öffentlichen Diskurses wie der konkreten Politik. Politikfeld-Analysen bieten sich besonders an, um die Entwicklung und Governance konkreter Maßnahmen zu analysieren und zu erfahren, welche Positionen sich bei den kollektiven Aushandlungsprozessen tatsächlich durchsetzen können. Dabei muss im Auge behalten werden, dass gleichstellungspolitische Impulse kaum von PolitikerInnen ausgingen, sondern dass bisher die Zivilgesellschaft, die Frauenbewegung und außerparlamentarische Bündnisse immens wichtig waren und es wohl auch in Zukunft sein werden. Am 18. Februar 2010 wurde ein weiteres bürgerschaftliches Gesetzesprojekt im Sejm debattiert. Es war vom überparteilichen Frauenkongress (www.kongreskobiet.pl) initiiert worden und sieht eine 50%-Geschlechterquote für Wahllisten vor.[18] Geschlechterpolitik bleibt in Polen auf der Agenda.

Literaturverzeichnis

Baer, Susanne & Hoheisel, Miriam. (Hrsg.). (2008). *Between success and disappointment. Gender equality policies in an enlarged Europe*. Bielefeld: Kleine

CBOS. (2006a). *Polityka państwa wobec rodziny oraz dyskryminacja w miejscu pracy kobiet w ciąży i matek małych dzieci [Staatliche Familienpolitik und Diskriminierung am Arbeitsplatz von Schwangeren und Müttern mit kleinen Kindern]*. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej

CBOS. (2006b). *Kobiety w społeczeństwie - równouprawnienie czy dyskryminacja [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung]*. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej

Chołuj, Bożena. (2006). Nach den Wahlen: Frauenpolitik in Polen. *femina politica*, 15 (1), 111–114

Chołuj, Bożena. (2007). Im Osten nichts Neues oder: Wie der polnische Staat die Frauen missachtet. *femina politica*, 16 (2), 109–113

17 Dziennik Ustaw 2005 nr 86 poz. 732 (Ustawa z dnia 22 kwietnia 2005 r. o postępowaniu wobec dłużników alimentacyjnych oraz zaliczce alimentacyjnej) – [Gesetz über das Vorgehen bei Alimentenschuldnern und über Alimentenbevorschussung].

18 Gazeta Wyborcza, Parytet siedzi w kuchni [Die Parität sitzt in der Küche], 15. März 2010.

Corrin, Chris. (Hrsg.). (1992). *Super-Woman and the Double Burden*. London: Scarlett Press

Dölling, Irene. (1991). Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch. *UTOPIE kreativ*, 2 (7), 25–32

Europäische Kommission. (2007). Diskriminierung in der Europäischen Union (Eurobarometer Spezial 263). Brüssel

European Social Survey Round 2 Data. (2004). *Data file edition 3.1*. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data

Fuchs, Gesine. (2003). *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess*. Frankfurt a. M./New York: Campus

Fuchs, Gesine. (2010). *Legal Mobilization for Women' Rights: Movement Success and Political Restrictions in Poland*. Unveröff. Manuskript. Basel

Fuchs, Gesine & Payer, Sylvia. (2007). Women's NGOs in EU governance. Problems of finance and access. In Daniela Obradovic & Heiko Pleines (Hrsg.), *The Capacity of Central and East European Interest Groups to Participate in EU Governance* (S. 163–181). Stuttgart: ibidem

Fuszara, Małgorzata. (2005). *Kobiety w polityce [Frauen in der Politik]*. Warszawa: Wydawnictwo Trio

Fuszara, Małgorzata & Zielińska, Eleonora. (2000). Krótka acz zawiła historia ustawy równościowej [Kurze doch verwickelte Geschichte des Gleichstellungsgesetzes]. *Ośka Pismo* no. 3. Zugriff am 13. Oktober 2009 unter www.oska.org.pl/biuletyn/3/30.pdf

Gal, Susan & Kligman, Gail. (Hrsg.). (2000a). *Reproducing gender. The Politics of Gender after Socialism*. Princeton: Princeton University Press

Gal, Susan & Kligman, Gail. (2000b). *The Politics of Gender after Socialism. A comparative-historical essay*. Princeton: Princeton University Press

Gerber, Alexandra. (2010). The letter versus the spirit: Barriers to meaningful implementation of gender equality policy in Poland. *Women's Studies International Forum*, 33 (1), 30–37

Horolets, Anna. (2006). Pulling Europe Closer: the Strategy of Shame in Polish Press Discourse on Europe. In Amelie Kutter & Vera Trappmann (Hrsg.), *Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa* (S. 155–169). Baden-Baden: Nomos

Keinz, Anika. (2008). *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*. Bielefeld: transcript

Kozek, Bartłomiej. (2009). Praca, płaca i uprzedzenia, czyli rynek pracy z perspektywy genderowej [Arbeit, Lohn und Vorurteile, also der Arbeitsmarkt aus der Genderperspektive]. In Fundacja Feminoteka (Hrsg.), *Raport: 20 lat - 20 zmian. Kobiety w Polsce w okresie transformacji 1989–2009 [Report: 20 Jahre – 20 Veränderungen. Frauen in Polen in der Zeit der Transformation 1989–2009]* (S. 39–49). Warszawa: Fundacja Feminoteka

Kraft, Claudia. (2006). Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er Jahren. Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 3 (3). Zugriff am 3. Juni 2010 unter www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Kraft-3-2006

Limanowska, Barbara. (1993). Dlaczego w Polsce nie ma feminizmu? [Warum gibt es in Polen keinen Feminismus?]. *Pełnym Głosem*, 1 (1), 3–24

Loew, Peter Oliver. (2008). Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989. *Osteuropa* (58), 6, 85–102

Michoń, Piotr. (2009). „Bleib zu Hause, Liebling" – Mütter, Arbeitsmarkt und staatliche Politik in Polen und den baltischen Ländern. In Christina Klenner (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten* (S. 163–192). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Nowakowska, Urszula & Swedrowska, Anna. (2000). Women in the labour market. In Urszula Nowakowska (Hrsg.), *Polish Women in the 90's. The report by the Women's Rights Center* (S. 41–80). Warsaw: Centrum Praw Kobiet

Nowicka, Wanda. (2007). The Struggle for Abortion Rights in Poland. In Rosalind Petchesky Richard & Robert Sember (Hrsg.), *SexPolitics – Reports from the Front Lines* (S. 167–196). New York: Sexuality Policy Watch

Pascall, Gillian & Kwak, Anna. (2009). Geschlechterregime im Wandel: Gleichberechtigung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In Christina Klenner (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten* (S. 123–161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Pfau-Effinger, Birgit. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich

Plomien, Ania. (2009). Welfare State, Gender, and Reconciliation of Work and Family in Poland: Policy Developments and Practice in a New EU Member. *Social Policy & Administration*, 43 (2), 136–151

Přiban, Jiři. (2005). Political Dissent, Human Rights, and Legal Transformations: Communist and Post-Communist Experiences. *East European Politics and Societies*, 19 (4), 553–572

Siemieńska, Renata. (1996). Gendered Perceptions: Women in the Labour Market in Poland. *Women's History Review*, 5 (4), 553–566

Śmiszek, Krzysztof. (2008). Obecny projekt ustawy o równym traktowaniu nie przeciwdziała zjawisku dyskryminacji [Das aktuelle Gesetzesprojekt über Gleichbehandlung bekämpft das Phänomen der Diskriminierung nicht]. In Fundacja Feminoteka (Hrsg.), *Gendermeria równościowy monitoring. Raport [Gendermerie – Gleichstellungsmonitoring]* (S. 119–122). Warszawa: Fundacja Feminoteka

Szelewa, Dorota & Polakowski, Michal P. (2008). Who cares? Changing patterns of childcare in Central and Eastern Europe. *Journal of European Social Policy*, 18 (1), 115–131

Szumlewicz, Katarzyna. (2009). Feministki wobec transformacji: ewolucja ruchu [Feministinnen gegenüber der Transformation: die Entwicklung einer Bewegung]. In Jakub Majmurek & Piotr Szumlewicz (Hrsg.), *Stracone szansy? Bilans transformacji 1989–2009 [Verlorene Chancen? Bilanz der Transformation 1989–2009]* (S. 165–178). Warszawa: Delfin

UNDP. (2007). *Polityka równości płci – Polska 2007. Raport [Gleichstellungspolitik – Polen 2007]*. Warszawa: Program Narodów Zjednoczonych ds. Rozwoju

Verdery, Katherine. (1994). From Parent-State to Family Patriarchs: Gender and Nation in Contemporary Eastern Europe. *East European Politics and Societies*, 8 (2), 225–255

Załuska, Wojciech. (2009). Die polnische Linke auf der Suche nach der Zukunft. *Polen-Analysen*, 48, 2–8

Ziemer, Klaus. (2009). Die politische Ordnung. In Dieter Bingen & Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen* (S. 147–191). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Zur Person

Gesine Fuchs, Dr., Politikwissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte: Politische Partizipation, Gleichstellungspolitiken und Osteuropa. Zur Zeit vergleicht sie die Mobilisierung des Rechts durch soziale Bewegungen in Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Polen. Ihr neues Projekt an der Universität Zürich widmet sich der Entstehung und Governance schweizerischer Gleichstellungspolitik. Mehr Informationen unter www.gesine-fuchs.net.
Kontakt: Drahtzugstrasse 28, CH 4057 Basel
E-Mail: post@gesine-fuchs.net